



Sessionsbericht – Herbstsession 2014

Rapport de session – Session d'automne 2014

8. September bis 26. September 2014

Von Charles Jean-Richard, Fraktionssekretär

Die grosse Überraschung der Herbstsession erfolgte nicht in einem der Ratssäle, sondern an der Fraktionssitzung der dritten Woche: Fraktionspräsidentin NR Gabi Huber gab bekannt, dass sie sich aus der Politik zurückziehen und ihr Amt als Fraktionspräsidentin in Absprache mit der Parteileitung auf Ende der Legislatur ordentlich beenden wird. Die Fraktion hat diese Nachricht emotional aufgenommen. Die Fraktion bedankte sich bei der Fraktionspräsidentin mit einer spontanen Standing Ovation für den unermüdlichen Einsatz im Sinne der Partei.

Keine grosse Überraschung hingegen war die unheilige Allianz, welche die Bemühungen für ein modernes Kartellrecht gebodigt hat. Gewerkschaftliche Linke und Gewerbetreibende wehrten sich gegen den zeitgemässen Ausschluss ihrer Vertreter aus der Wettbewerbskommission. Anstatt den Kompromiss in diesem und anderen Punkten zu suchen, hat die Mehrheit des Nationalrates die Vorlage kurzerhand lieber versenkt. Das Nachsehen haben die Konsumenten, welche die Kosten der Hochpreisinsel Schweiz weiter berappen müssen.

Ebenfalls keine Überraschung war die massive Ablehnung der absurden GLP-Volksinitiative „Energie statt Mehrwertsteuer“. NR Christian Wasserfallen fasste die Initiative wie folgt zusammen: "Für die AHV rauchen und für den Staatshaushalt fahren!". Das zeigt die Absurdität der Initiative perfekt. Sie mag gut gemeint sein - aber sie ist einfach nicht zu Ende gedacht. Das Vorhaben ist weder ökologisch, noch sozial, noch ökonomisch verträglich. Die FDP hat konkrete Forderungen für eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik: Unsere parlamentarische Initiative «Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung» will die klimafreundliche Energieversorgung in der Verfassung verankern. Sprich: Die CO₂-Reduktion ist unser vordringliches Anliegen. Anstatt einer neuen Steuer wollen wir eine echte Lenkungsabgabe. Die FDP will einen effizienten Einsatz von Energie. Verzichten können wir auf Subventionen ohne klares Ziel sowie auf eine Energiesteuer, die Konsumenten und Wirtschaft Milliarden kostet.

Eigentlich sollte die GLP-Initiative ein Wahlkampfvehikel sein – doch mit der massiven Ablehnung droht der Bumerang. Auch die GLP hat dies erkannt und hat deshalb versucht, einen Gegenvorschlag auf die Beine zu stellen - zu ihrer eigenen Initiative. Das ist mindestens so absurd wie die Initiative selbst.

1. Nationalrat lehnt Kartellgesetzrevision ab

FDP. Die Liberalen bedauert, dass die Chance verpasst wurde, das Kartellgesetz zu revidieren. Zum zweiten Mal hat der Nationalrat beschlossen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Damit ist die Vorlage vom Tisch. Der Entscheid fiel mit 99 zu 80 Stimmen bei 12 Enthaltungen. Grund für den Entscheid des Nationalrats war unter anderem eine grosse Opposition von Seiten Gewerkschaften und Gewerbevertretern gegen die geplante Institutionenreform. Zudem hatte die Vorlage in der Beratung aber auch verschiedene umstrittene Punkte aufgesammelt, wie der Lieferzwang aus dem Ausland und das Konzept der relativen Markmacht.

Die Vorlage enthielt jedoch nebst der Institutionenreform weitere wichtige Änderungsvorschläge. So namentlich die Verwesentlichung der Fusionskontrolle, die Ressourcen frei gelegt hätte. Ebenfalls auf der Strecke bleibt die „Compliance-Defense“, die Prävention an der Quelle in den Unternehmen gefördert hätte. Keine Änderung gibt es auch bei der Berücksichtigung von Entschädigungen an Zivilparteien. Diese hätten sichergestellt, dass die Geschädigten und nicht der Staat von den Millionen-Sanktionen aus Wettbewerbsverfahren profitiert. Diese Punkte müssten bei einem allfälligen erneuten Anlauf zu einer Revision des Kartellrechtes berücksichtigt werden.

2. Nationalrat will harte Bestrafung für Verkauf von Bankkundendaten

Der Nationalrat ist mit 126 zu 57 Stimmen auf die Vorlage eingetreten, welche die FDP-Liberale Fraktion mit ihrer parlamentarischen Initiative (10.450) erwirkt hatte. Berufsgeheimnisverletzungen im Bankenbereich sollen künftig strafrechtlich verfolgt werden. Diebstähle von Bankkundendaten werden in Zukunft als Verbrechen statt als einfache Vergehen geahndet und bestraft.

Mitarbeitende von Banken begehen eine Berufsgeheimnisverletzung, wenn sie Bankkundendaten verkaufen. Neu sollen auch Dritte, die Zugang zu Bankdaten erhalten und diese ausnützen oder damit handeln, bestraft werden. Zudem sollen Bankmitarbeitende härter bestraft werden, die Daten zum eigenen Nutzen stehlen. Diesen drohen künftig eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren sowie eine Geldstrafe.

3. Parlament sagt Nein zur Familien-Initiative

Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Initiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“ zur Ablehnung empfohlen. Der Entscheid fiel mit 27 zu 14 Stimmen. Die FDP begrüsst diesen Entscheid. Die Forderung der Volksinitiative, dass Kinder- und Ausbildungszulagen steuerfrei sein sollen, steht quer zur Schweizer Steuersystematik, nach der alle Einkünfte in die Steuerberechnung einzubeziehen sind, also auch private Zulagen. Weil das Anliegen wie eine Giesskanne wirkt, wären die Steuerausfälle von Bund und Kantonen zudem erheblich.

Der Bund hat Familien in den letzten Jahren bereits mehrfach entlastet. So bezahlt die Hälfte aller Haushalte mit Kindern beispielsweise keine direkten Bundessteuern mehr. Untere Einkommen würden von einer steuerlichen Freistellung von Kinder- und Ausbildungszulagen damit nicht profitieren.

4. Ständerat spricht sich gegen die Erbschaftssteuerinitiative aus

Der Ständerat will Volk und Ständen empfehlen, die Erbschaftssteuer-Initiative abzulehnen. Aus seiner Sicht ist das Volksbegehren jedoch gültig. Bevor es vors Volk kommt, muss nun noch der Nationalrat darüber beraten. Der Ständerat sprach sich mit 32 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen gegen die Initiative aus. Die FDP begrüsst diesen Entscheid.

In der vergangenen Sommersession hat sich der Ständerat als Erstrat mit der Volksinitiative „Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)“ befasst. Zu einer Abstimmungsempfehlung ist es jedoch nicht gekommen, denn die Kleine Kammer wollte zuerst die Gültigkeit der Initiative vertieft prüfen.

Die Volksinitiative will eine Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Bundesebene einführen. Nachlässe von über zwei Millionen Franken sollen mit einem Steuersatz von 20 Prozent besteuert werden. Schenkungen von über 20'000 Franken pro Jahr und Person werden - dies rückwirkend auf den 1. Januar 2012 - ebenfalls besteuert. Sie werden ausserdem einem späteren Nachlass zugerechnet. Der Ertrag der Steuer soll zu zwei Dritteln an den Ausgleichsfonds der AHV und zu einem Drittel an die Kantone gehen.

Die FDP lehnt die Erbschaftssteuerinitiative dezidiert ab und wird sie entsprechend bekämpfen. KMU-Nachfolgen sind heute schon häufig schwierig. Mit der Initiative würden weitere Hürden aufgebaut. Zudem greift die Initiative massiv in die Steuerhoheit und das Steuersubstrat der Kantone ein. Schliesslich bietet die Initiative für die AHV keine langfristige Lösung.

5. Poursuite et développement des aides financières aux structures d'accueil extrafamilial

La Loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extrafamilial pour enfants prendra fin en janvier 2015. Cette loi régit le programme d'incitation financière pour la création de structures d'accueil pour enfants. Elle a débuté en 2003 et a été prolongé deux fois. Une initiative parlementaire a été déposée pour demander une troisième prolongation du crédit cadre ainsi qu'un développement des aides fournies, respectivement une nouvelle enveloppe de 120 millions pour 4 ans supplémentaires.

La majorité des commissions des deux chambres ont soutenu l'initiative parlementaire afin de continuer l'aide au développement des places de crèches. Plusieurs minorités ont été déposées afin de limiter la portée et le montant du nouveau crédit. Une minorité de la commission du national demandait de ne pas entrer en matière. Au final, les deux chambres ont accepté le programme de soutien financier complet : le Conseil national par 119 voix contre 73 et 6 abstentions et le Conseil des Etats par 33 voix contre 9 et 3 abstentions. Dans les deux chambres le groupe RL était divisé.

Le PLR soutient le but de cette révision, mais pas la forme. La majorité du groupe parlementaire RL a décidé de rejeter la prolongation de ce programme. Pour le PLR, il est important de respecter le fédéralisme : les communes et les cantons sont responsables des programmes d'accueil extrafamilial. D'autre part en demandant une troisième prolongation après un programme de 12 ans, il ne s'agit plus d'un programme d'aide de lancement, mais de subventions. Les arguments en faveur de ce programme d'aides financières ont néanmoins trouvé le soutien d'une minorité du groupe pour qui des mesures en faveur de la conciliation entre vie familiale et professionnelle sont importantes – d'autant plus avec l'aggravation du manque de main-d'œuvre après la votation du 9 février.

6. Réforme du droit des sanctions

La réforme du droit des sanctions est un projet important pour le PLR, qui avait amorcé cette réforme avec l'initiative parlementaire du groupe 08.431 *Suppression ou subsidiarisation de la peine pécuniaire*. L'objectif de cette révision est de durcir les peines applicables et de réintroduire les courtes peines privatives de liberté afin de disposer d'un système judiciaire qui puisse à la fois avoir un effet dissuasif et punir les criminels de manière conséquente.

Grâce à l'engagement du PLR, le Conseil national a conservé et renforcé sa position (des majorités plus claires qu'en première lecture) contre les divergences des Etats en faveur d'une amélioration du droit des sanctions. Cela concerne notamment la réintroduction des peines privatives de liberté de

moins de 6 mois, la subsidiarisation et le montant minimum des jours-amende (30.- au lieu de 10.- par jour) et un renforcement du pouvoir de sanction du Ministère public. La majorité du National ainsi que le PLR attendent maintenant que le Conseil des Etats prenne ses responsabilités et soutienne les durcissements des sanctions attendus par la population.

7. **Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ chancenlos**

Der Nationalrat hat an zwei Tagen während mehreren Stunden über die Initiative "Energie- statt Mehrwertsteuer" der Grünliberalen debattiert. In der Schlussabstimmung war das Nein deutlich: Mit 171:27 (FDP 30:0) hat die grosse Kammer und mit 40:3:2 (FDP 11:0) der Ständerat das aus Sicht der FDP unmögliche Begehren abgelehnt. Die GLP verlangt mit der Volksinitiative, die Mehrwertsteuer durch eine Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern zu ersetzen. Links-Grün wollte mit einem direkten Gegenvorschlag eine Rechtsgrundlage schaffen für Energie-Lenkungsabgaben. Eine Lenkungsabgabe befürwortet die FDP im Grundsatz, jedoch niemals in der vorgeschlagenen Ausgestaltung. An dieser Stelle ist auf die von der FDP in der Sommersession eingereichte parlamentarische Initiative [14.436 Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung](#) hinzuweisen.

Mit der Initiative der FDP soll die bestehende CO₂-Abgabe zu einer echten Lenkungsabgabe ohne Teilzweckbindung weiterentwickelt werden. Diese weiterentwickelte CO₂-Abgabe soll mit einer Befreiungsmöglichkeit und Zielvereinbarungen mit klar formulierten Zielsetzungen durch Energieeffizienzstandards gekoppelt sein. Auch soll die Rückverteilung der dadurch erhobenen Gelder wettbewerbsneutral erfolgen, und es soll sichergestellt sein, dass die weiterentwickelte CO₂-Abgabe nicht zu einer neuen Steuer verkommt. Gleichzeitig soll das bestehende Fördersystem schrittweise aufgehoben werden. Auch eine klare Terminierung für den Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem soll vorhanden sein. Daher bedarf es der Verankerung auf Verfassungsebene. Die Volksinitiative wurde von beiden Räten und allen FDP-Vertretern deutlich abgelehnt.

8. **Verbesserte Aufsicht über die Krankenversicherung**

Eine starke, unbürokratische und effiziente Aufsicht gehört zu jedem regulierten Markt, so auch zum schweizerischen Gesundheitssystem. Nach der Einführung des Risikoausgleichs ist dies für die FDP-Liberale Fraktion die zweite gezielte Verbesserung, die wichtig ist und die mehr erreicht als schädliche Systemumstürze à la Einheitskasse. Die FDP unterstützt seit der [Vernehmlassung zum KVAG](#) im Jahr 2011 eine starke Aufsicht über die Krankenversicherer, wehrte sich aber dagegen, dass das Bundesamt für Gesundheit (BAG) zunehmend in den Markt eingreift, anstatt sich auf seine Aufsichtsfunktion zu beschränken und diese auch professionell wahrzunehmen.

Für die umstrittene Prämienrückerstattung hat FDP-Nationalrat Daniel Stolz einen Kompromissvorschlag eingereicht, welcher in der Kommission und in den Räten breit getragen wurde. Es ist wichtig, dass die Rollen im Gesetz sauber definiert werden: Die Krankenversicherungen sind für die unternehmerischen Entscheide verantwortlich, z.B. Prämien zurück zu erstatten. Die Kontrollbehörden sind zuständig dafür, dass bei solchen Entscheiden die Spielregeln eingehalten werden. Das BAG soll insbesondere die Versicherten vor der Insolvenz eines Versicherers schützen und kontrollieren, dass die Prämien den effektiven Gesundheitskosten folgen. Ist dies nicht der Fall, soll die Aufsicht schmerzhaft Sanktionen verfügen. Das Vertrauen der Bevölkerung in das KVG ist wichtig und eine kompetente, unbürokratische und seriöse Aufsicht ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

2011 hatten sich die Krankenversicherer im Rahmen einer Branchenvereinbarung auf Restriktionen von Makleranrufen (Werbeanrufen) geeinigt. Die WEKO hatte diese Regelung ausser Kraft gesetzt, weil dafür eine gesetzliche Grundlage fehle. Auf Antrag der FDP wurde diese nun im KVAG geschaffen. Anstatt den ursprünglich vorgesehenen weitreichenden Eingriffen in die Wirtschaftsfreiheit wurde nun die Türe für die Selbstregulierung der Branche wieder geöffnet.

9. Bundesgesetz über Radio und Fernsehen angenommen

Beide Räte haben in der Herbstsession über das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen beraten. Nachdem die Differenzen zwischen National- und Ständerat bereinigt wurden, war das Geschäft bereit für die Schlussabstimmung.

Zu den grundsätzlichen Inhalten, über die es abzustimmen galt: Mit den Änderungen müssen künftig alle Haushalte Empfangsgebühren bezahlen - unabhängig davon, ob sie Radio- oder TV-Apparate besitzen. Auch Unternehmen ab einem Jahresumsatz von 500'000 Franken werden zur Kasse gebeten. Schwarzsehen und -hören ist dadurch künftig nicht mehr möglich, Kontrollen der Billag erübrigen sich. Während fünf Jahren nach dem Systemwechsel soll es jedoch Ausnahmen geben. Der Ständerat hatte dies zunächst abgelehnt, seinen Widerstand aber schliesslich aufgegeben. Nach der Schlussabstimmung, in denen die Vertreterinnen und Vertreter der FDP das Bundesgesetz mehrheitlich abgelehnt haben, die Räte jedoch zustimmten, könnte noch das Volk das letzte Wort haben - ein Referendum wurde bereits angedroht.

10. Für den Bau eines zweiten Gotthard-Strassentunnels

Der zweite Gotthard-Strassentunnel soll gebaut werden. Das hat der Nationalrat in der letzten Woche der Herbstsession nach einer emotional geführten Debatte mit 109 zu 74 Stimmen bei 4 Enthaltungen entschieden. Die FDP-Deputation votierte in der Gesamtabstimmung mit 24:1:2 für den neuen Tunnel. Weil der Ständerat in der Frühjahrsession schon mit 25:16 (FDP 10:0) zugestimmt hatte, wurde über die Vorlage auch in der Schlussabstimmung befunden. Mit 120:76:2 (FDP 28:1:1) hat der Nationalrat und mit 28:17 (FDP 11:0) der Ständerat die Vorlage angenommen. Der neue Gotthard-Strassentunnel soll ab etwa 2020 innerhalb von sieben Jahren gebaut werden. Anschliessend soll der bestehende, 1980 eröffnete Strassentunnel gesperrt und saniert werden. Ab etwa 2030 sollen dann beide Tunnel je einspurig betrieben werden. Bereits steht fest, dass das Referendum ergriffen werden wird: Rund 40 Organisationen wollen mit dem Sammeln von Unterschriften beginnen, sobald die Referendumsfrist läuft, wie die Alpen-Initiative mitteilte.

11. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Die Vereinigte Bundesversammlung hat am 24. September 2014 folgende Wahlen vorgenommen:

Bundesgericht

Gesamterneuerungswahlen 2015 – 2020

Alle 35 amtierenden Bundesrichterinnen und Bundesrichter wurden von der Vereinigten Bundesversammlung (vbv) für die nächste Amtszeit bestätigt; so auch die 6 Bundesrichterinnen und Bundesrichter der FDP: **Frau Fabienne Hohl, Herr Luca Marazzi, Frau Christina Kiss, Frau Lucrezia Glanzmann-Tarnutzer, Herr François Chaix und Herr Georg Bovey.**

Ausserdem bestätigte die vbv alle 15 nebenamtlichen Richterinnen und Richter. Für die FDP sind dies **Frau Danièle Brahier, Herr Christian Geiser und Herr Franco Ramelli.**

Ergänzungswahl von zwei ordentlichen Bundesrichterinnen oder Bundesrichtern

Von den ordentlichen Richtern stellten sich drei nicht zur Wiederwahl; die vbv wählte in einer Ergänzungswahl Stephan Haag (GLP) und Monique Jametti (SVP). Die Stelle eines französischsprachigen Bundesrichters wird noch einmal ausgeschrieben, die Wahl soll in der Wintersession stattfinden.

Ergänzungswahl von vier nebenamtlichen Richterinnen und Richtern

Als neue Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter wählte die Bundesversammlung für die SP Bernard Albrecht und Federica De Rossa Gisimundo und für die SVP Yvona Griesser und Beatrice van de Graaf.

Bundesverwaltungsgericht

Wahl von zwei Mitgliedern

Am Bundesverwaltungsgericht waren zwei Richterstellen neu zu besetzen. Gewählt wurden Yannick Antoniazza-Hafner (BDP) und David Wenger (SVP).

Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft. Gesamterneuerung für die Amtsdauer 2015 – 2018. Wahl von zwei Anwältinnen oder Anwälten

Schliesslich wählte die Vereinigte Bundesversammlung zwei neue Mitglieder für die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft. Bei der Gesamterneuerung der Behörde in der Sommersession waren zwei für Anwälte vorgesehene Stellen nicht neu besetzt worden. Gewählt wurden François Bernath und Veronica Hälg-Büchi.

12. Geschäfte beider Räte

Nouveau Modèle de Gestion (NFB) : Les chambres fédérales ont validé la révision de la loi sur les finances, permettant de généraliser le nouveau modèle de gestion de l'administration fédérale par 133 voix contre 61 et 4 abstentions, et par 38 voix contre 6 et 1 abstention; Les chambres fédérales ont mis sous toit un nouveau régime de gestion de l'Administration fédérale, centrée sur les enveloppes budgétaires et les conventions de prestations. Vingt unités sont déjà concernées. Il s'agit de le généraliser dès 2017. Le but est de rendre l'administration plus transparente, plus économique et plus efficace.

GPS : après le Conseil des Etats, le Conseil national a donné son feu vert par 159 voix contre 21 à la ratification de l'accord de coopération avec l'UE dans le domaine de la navigation par satellite. La Suisse pourra participer au programme GPS européen Galileo. Le coût annuel se monte à 34 millions de francs.

Traité internationaux : il a mis sous toit la révision de la loi sur la compétence de conclure des traités internationaux. Désormais, le Conseil fédéral ne pourra plus appliquer provisoirement un traité international si les deux commissions parlementaires compétentes y mettent leur veto. La pratique sera désormais plus restrictive que celle en vigueur.

Auslandschweizer: Die Rechte und Pflichten der über 730'000 Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen werden in einem neuen Gesetz gebündelt. Das Gesetz schreibt vor, dass sich Auslandschweizer weiterhin registrieren lassen müssen. Der Nationalrat schloss sich in diesem Punkt dem Ständerat und einer Forderung der Auslandschweizer-Organisation an. Ebenso setzte die kleine Kammer durch, dass, wer vom Ausland aus in der Schweiz abstimmen will, sich zusätzlich zur Registrierung ins Stimmregister eintragen lassen muss. Die Zustimmung im Nationalrat erfolgte bei 120 Stimmen zu 54 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Vernehmlassungen: Auf eine Vernehmlassung kann der Bundesrat neu dann verzichten, wenn keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind oder wenn das Vorhaben vorwiegend die Organisationen oder das Verfahren von Bundesbehörden betrifft. Diese beiden Fälle sind im Ausnahmekatalog verankert. Der Nationalrat schloss sich der Variante des Ständerates mit 125 zu 55 Stimmen an.

Politische Rechte: Das Parlament hat entschieden, an der Referendumsfrist nichts zu ändern; auch künftig müssen die beglaubigten Unterschriften für ein Referendum innert 100 Tagen eingereicht werden. Auf einen Gesetzesartikel zur Wahlbeobachtung wird ebenfalls verzichtet. Der Ständerat schloss sich bei den letzten Differenzen dem Nationalrat mit 23 zu 21 Stimmen an.

Loi sur l'aide aux victimes : Les deux chambres ont mis sous toit un projet de loi instaurant pour les victimes un droit à être informée des principales décisions concernant l'exécution de la sanction par le condamné. La dernière divergence concernant le refus d'information a trouvé un compromis proposé par le National. Le projet a été adopté en vote final à l'unanimité au Conseil national et à 44 voix contre 1 au Conseil des Etats.

13. Geschäfte des Nationalrats

Systemwidrige BVG-Umverteilung aufzeigen: Den heutigen Erwerbstätigen ist bewusst, dass die Finanzierung der AHV mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist. Die wenigsten wissen aber, dass im BVG eine systemwidrige Umverteilung von der jungen Generation zu den Rentnern vorstättengeht. Die nichterfüllbaren gesetzlichen Mindestleistungen untergraben das Kapitaldeckungsprinzip, und die zweite Säule verkommt immer mehr zur Umverteilungsmaschinerie. Jährlich werden die BVG-Konten der erwerbstätigen Generation um mehrere Hundert Millionen Franken "erleichtert". Dieses umverteilte Geld wird den heute jungen Erwerbstätigen beim Renteneintritt als Sparkapital fehlen.

Den Versicherten soll (wieder) bewusst werden, dass ein Teil dieser umverteilten Gelder aus ihrem persönlich angesparten BVG-Guthaben stammt. Aus diesem Grund soll das Mass der Umverteilung in einer Vorsorgeeinrichtung auf dem jährlichen Vorsorgeausweis ausgewiesen werden. Der Nationalrat hat einer Motion von FDP-NR Peter Schilliger in diesem Sinne zugestimmt. Die Motion geht an den Ständerat.

Armée: L'armée devrait obtenir un programme d'armement gonflé dès 2015. Malgré le "non" à l'achat du Gripen, le Conseil national refuse d'attribuer les moyens restants (environ 800 millions) aux autres départements. Par 107 voix contre 73, grâce à une majorité de droite, le Conseil national a adopté lundi une motion visant à maintenir le plafond des dépenses de l'armée à 5 milliards afin de combler les "lacunes criantes" en matière d'équipement, à la barbe du Conseil fédéral.

Armement: par 131 voix contre 48, il a accepté le programme d'armement 2014. L'armée pourra faire des achats à raison de 771 millions de francs cette année. Une tentative d'enterrer tout le paquet a tourné court. Les Verts ont tempêté contre ces nouvelles emplettes opérées sans stratégie d'avenir aucune, alors que l'armée dispose de 1,1 milliard de restes de crédit. La mise hors service de 54 avions et 258 chars a en revanche été écartée pour des raisons formelles. Le poste le plus important (440 millions) est destiné à l'achat de 3200 voitures combi 4x4 Mercedes à 5 portes. Cette première tranche remplacera la flotte de quelque 5000 Steyr Daimler Puch 230 GE datant de 25 ans.

Immobilier militaire: il a libéré, par 152 voix sans opposition et 32 abstentions, un crédit de 409,9 millions des francs pour les bâtiments militaires, faisant fi des économies demandées par la gauche. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer.

Aide au développement: par 109 voix contre 82, le Conseil national a enterré une motion d'Albert Vitali (PLR/LU) demandant que le délai fixé pour porter l'aide publique au développement (APD) à 0,5% du revenu national brut (RNB) soit reporté de 2015 à 2020. Il a confirmé une stratégie fixée depuis 2008.

Schengen-Dublin: La Suisse pourra rétablir des contrôles à ses frontières jusqu'à deux ans si elle fait face à des circonstances exceptionnelles. Après le Conseil des Etats, le National a adopté lundi par 154 voix contre 25 une révision en ce sens de l'accord de Schengen. Il a aussi adopté d'autres adaptations de l'accord de Dublin.

Export: Der Nationalrat will die Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV) stärken. Er hat als Erstrat einstimmig eine Gesetzesänderung gutgeheissen, von der vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren sollen. Mit der Revision sollen die Versicherungen der SERV dauerhaft um die Fabrikationskreditversicherung, die Bondgarantie und die Refinanzierungsgarantie ergänzt werden. Die Instrumente waren 2009 im Rahmen der Stabilisierungsmassnahmen vorübergehend eingeführt worden. Sie sollen zu einer besseren Liquidität bei den Exporteuren führen.

Beschaffungswesen: Der Nationalrat hat eine Teilrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) mit 95 Stimmen zu 87 bei 2 Enthaltungen gutgeheissen. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen soll neu die Ausbildung von Lehrlingen durch eine Anbieterin positiv gewichtet werden. Die Räte haben entschieden, die Anwendung dieses Kriteriums auf jene öffentlichen Beschaffungen zu beschränken, welche nicht internationalen Verpflichtungen (WTO oder Abkommen mit der EU oder der EFTA) unterstellt sind.

Gemeinsinn nicht blockieren und bürokratisieren: Für Wohlfahrtsfonds, die Unternehmen für Notlagen freiwillig errichten, sollen die Vorschriften gelockert werden. Der Nationalrat hat einer parlamentarischen Initiative von Fulvio Pelli zugestimmt und die Änderungen im Zivilgesetzbuch an den Ständerat weitergeleitet. Das reglementarische Korsett im ZGB und BVG führt heute immer mehr dazu, dass Arbeitgeber aufhören, solche freiwillige Sicherheitsfonds zu führen. Ziel dieser Revision ist es, den Wohlfahrtsfonds mehr Platz zu geben, damit der Einsatz der Arbeitgeber für ihre Angestellten nicht behindert wird.

Partage du déficit entre les parents dans le droit relatif à l'entretien: Le Conseil national a adopté à 101 voix contre 84 et 1 abstention une motion de commission (CAJ-N) qui demande au Conseil fédéral de présenter révision constitutionnelle afin de permettre le partage du déficit. Cette proposition va ainsi à l'encontre du principe de l'intangibilité du minimum vital du débirentier. Cette motion a été combattue en commission par l'ensemble de la députation puis rejetée unanimement par le groupe parlement RL. Elle sera discutée prochainement dans la CAJ-S.

Droits des consommateurs et démarchage téléphonique: L'initiative populaire 06.441 demande un renforcement du droit de révocation contre le démarchage téléphonique. Suite à l'adoption d'un projet très souple par les Etats en juin, le National, mené par le PLR, a adopté plusieurs divergences nécessaires au projet. Ces dispositions promeuvent ainsi la responsabilité individuelle. La principale différence avec les Etats concerne l'exclusion de cette extension du droit de révocation aux achats réalisés par internet ; ceci grâce à l'adoption d'une minorité Merlini (PLR/TI) à 95 voix contre 85.

Droit de la prescription : Le but de cette révision est une simplification et une uniformisation du droit de la prescription. Le projet a été largement critiqué, autant par les milieux économiques que par le PLR, notamment concernant les propositions relatives à la durée de la prescription. Le PLR a demandé sans succès de ne pas entrer en matière (104:86). Suite aux décisions du National, le PLR a soutenu le projet lors du vote sur l'ensemble (adopté à 84 contre 45 et 59 abstentions).

Grüne Wirtschaft zurück an Kommission: Mit der Volksinitiative "Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)" wollen die Grünen erreichen, dass der Ressourcen- und Energieverbrauch sinkt. Sowohl die Volksinitiative der Grünen als auch der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates gehen der FDP aber entschieden zu weit. Die Initiative ist aus unserer Sicht unrealistisch, der Gegenvorschlag unnötig. Demgemäss hat die FDP-Deputation im Ständerat auch votiert. Am Ende liess die kleine Kammer dennoch die Möglichkeit für einen Gegenvorschlag offen. Sie

beschloss, das Geschäft mit einem klaren Auftrag an die Kommission zurückzuschicken. Diese soll den Text entschlacken und die von Seiten der Wirtschaft geäußerte Kritik berücksichtigen. Die FDP ist der Ansicht, dass sowohl die Volksinitiative als auch der Gegenvorschlag nicht nötig sind. Wir sind der Meinung, dass das Umweltschutzgesetz in seiner bestehenden Form durch seine Vorgaben und Auflagen in ausreichendem Masse zum Schutz und Erhalt unserer Umwelt beiträgt.

14. Geschäfte des Ständerats

Croatie: par 39 voix contre 2, le Conseil des Etats a donné son feu vert au versement de 45 millions de francs à titre d'aide à la Croatie. Cette contribution qui s'inscrit dans le cadre des efforts pour raviver les relations bilatérales entre la Suisse et l'Union européenne. Le versement, qui doit encore recevoir l'aval du National, permet d'apporter à la Croatie le même soutien qu'aux autres pays d'Europe de l'Est qui, depuis 2004, ont adhéré à l'Union européenne (UE). L'argent devrait être engagé pour des projets concrets d'ici à la fin mai 2017. La Suisse décidera de manière autonome de la nature et de l'ampleur des programmes mis en place. Le coup de pouce vise à atténuer les disparités économiques et sociales au sein de l'Union.

Armée: il a adopté tacitement une motion du National réclamant une enveloppe financière pluriannuelle pour l'armée. Le Conseil fédéral a déjà franchi le pas. Il s'est prononcé au début du mois pour un plafond de 19,5 milliards pour les années 2017 à 2020. Le Parlement sera appelé à se prononcer sur cette somme.

Service civil: Les civilistes ne verront pas la durée de leur service allongée. Le Conseil des Etats a enterré tacitement une motion du National qui demandait d'allonger la durée ordinaire du service civil de 1,5 à 1,8 fois celle du service militaire. Contrairement aux députés de droite, il n'estime pas que les effectifs de l'armée sont en danger.

Politique financière: contrairement au National, il a rejeté par 25 voix contre 14 une motion demandant explicitement de limiter les dépenses de l'Etat en vue des prochaines réformes fiscales, dont celle des entreprises qui devrait entraîner des pertes de l'ordre d'un à trois milliards de francs.

Trafic d'armes: après le National, le Conseil des Etats a approuvé à l'unanimité la ratification du traité adopté en avril par l'Assemblée générale de l'ONU. La Suisse s'associe ainsi aux accords internationaux visant à réglementer et contrôler le commerce international des armes classiques.

Konsumkredite: Als Zweitrat hat der Ständerat die Revision des Konsumkreditgesetzes beraten. Die Gesetzesvorlage sieht vor, dass künftig nicht mehr in aggressiver Weise für Konsumkredite geworben werden darf. Welche Werbung als aggressiv gilt, soll die Branche selber in einer Konvention definieren. Falls die Selbstregulierung scheitert, legt der Bundesrat fest, was unter aggressiver Werbung zu verstehen ist. Über die Details dieser Bestimmung sind sich die Räte noch nicht einig.

GAFI: Le 9 septembre, le Conseil des Etats a commencé le traitement des divergences concernant la mise en œuvre des recommandations du Groupe d'action financière (GAFI). Selon plusieurs avis, les décisions du National ne seraient pas compatibles avec les nouvelles exigences GAFI et du Forum Mondial en matière de transparence et de lutte contre le blanchiment d'argent. Par conséquent, les sénateurs sont revenus sur tous les changements, ou presque, adoptés au National.

Lanceurs d'alerte: Les personnes qui signalent des irrégularités sur leur lieu de travail paient souvent cher leur courage, en perdant leur place et en étant traînées devant la justice. La révision du Code des obligations adoptée par le Conseil des Etats par 22 voix contre 13 et 6 abstentions permettra de clarifier les possibilités de signaler des irrégularités et protéger les travailleurs contre des désavantages. La priorité est mise sur un signalement en interne de l'entreprise. Le projet part maintenant au National.

Bundesgesetz über Zweitwohnungen: Bei der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative ist der Ständerat in der Herbstsession den Berg- und Tourismusregionen weit entgegengekommen. Vom grundsätzlichen Bauverbot für neue Zweitwohnungen beschloss er zahlreiche Ausnahmen. Dabei ist er über die Vorschläge des Bundesrats hinausgegangen, der den vorhandenen Spielraum bereits ausgereizt hatte. Beispielsweise sollen in allen erhaltenswerten Gebäuden neue Zweitwohnungen gebaut werden dürfen. Auch soll der Bau touristisch bewirtschafteter Wohnungen in der ganzen Schweiz möglich sein. Bestehende Wohnungen dürften gemäss Entscheid des Ständerats frei umgenutzt, aber auch vergrössert werden. In der Gesamtabstimmung hat die kleine Kammer die Vorlage mit 25:14 (FDP 8:2:1) angenommen. Das Gesetz geht nun an den Nationalrat. Wenn dieser nicht korrigierend eingreift, wollen die Umweltverbände das Referendum ergreifen.

Volksinitiative Pro Service public ohne Unterstützung: Die Initiative "Pro Service public" stösst sowohl bei der FDP als auch im Parlament auf wenig Begeisterung. Der Ständerat hat sie stillschweigend abgelehnt. Die Initiative "Pro Service public" fordert, dass der Bund bei der Grundversorgung nicht nach Gewinn strebt, auf die Quersubventionierung anderer Verwaltungsbereiche verzichtet und keine fiskalischen Interessen verfolgt. Dies würde insbesondere die Investitionssicherheit für Swisscom, Post und die SBB als bundesnahe Betriebe gefährden. Die Angebote im Service Public werden stetig ausgebaut, diese stehen flächendeckend, zuverlässig und in hoher Qualität zur Verfügung. Hier eine Bremse einzubauen wäre fatal. Aus Sicht des Ständerates würde das die Unternehmen und damit letztlich den Service public schwächen. Die Initiative geht nun an den Nationalrat.

Angenommen hat der Ständerat die Verankerung der flächendeckenden Grundversorgung in der Verfassung. Ähnlich wie bei den Sozialzielen sollen auf Verfassungsstufe die wichtigsten Grundsätze für einen qualitativ guten Service public im ganzen Land festgelegt werden. Mit 20:16:3 (FDP 3:6) sprach sich die kleine Kammer dafür aus.

15. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Philipp Müller). Keine Einwanderung in unser Sozialsystem

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, welcher Einwanderer aus Drittstaaten nach der Einreise für eine Anfangszeit von drei bis fünf Jahren von der Sozialhilfe ausschliesst.

Begründung

Gemäss dem Ausländergesetz kann Sozialhilfeabhängigkeit zum Verlust der ausländerrechtlichen Bewilligungen führen. Damit zeigt der Gesetzgeber schon heute seinen Willen den Sozialhilfebezug von Einwanderer zu unterbinden. Dennoch waren im Jahr 2012 32 Prozent der Sozialhilfebezüger Einwanderer aus Drittstaaten (gegenüber 14 Prozent aus EU-/Efta-Staaten). Die Sozialhilfequote von Staatsangehörigen aus Drittstaaten entsprach 11,6 Prozent, der gesamtschweizerische Durchschnitt nur 3,1 Prozent.

Es muss daher dafür gesorgt werden, dass Einwanderer aus Drittstaaten zumindest für eine Anfangszeit von drei bis fünf Jahren keine Sozialhilfe beziehen können. Damit wäre eine quasi direkte Einwanderung in unser Sozialsystem endlich konsequent ausgeschlossen.

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Ignazio Cassis). Bilanz des Generationenvertrags

Text

Der Bundesrat wird beauftragt regelmässig einen Bericht zu verfassen und dem Parlament zu unterbreiten, welcher die effektive und erwartete Verteilung der Lasten zwischen den Generationen aufzeigt. Dieser „Bericht zum Generationenvertrag“ soll insbesondere aufzeigen, welche finanziellen

Lasten den nächsten Generationen aufgebürdet werden (Ausmass und Bedeutung der wachsenden Staatsquote, langfristige Finanzierung der Sozialversicherungssysteme (explizite und implizite Schulden), Ausmass der gesetzeswidrigen Umverteilung zwischen Aktiven und Pensionierte im BVG, erwartete Belastung der sozialisierten Kosten im Gesundheitswesen, inkl. Alterspflege etc.).

Begründung

Die explizite Staatsverschuldung eines Landes vermittelt nicht ein ganzheitliches Bild der Schulden-situation. Implizite Schulden - ungedeckte Verpflichtungen der Sozialsysteme in der Zukunft - müssen dafür ebenfalls betrachtet werden.

Die stetig ansteigende Lebenserwartung kombiniert mit einem abnehmenden Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung und ein stagnierendes Wirtschaftswachstum belasten die Sozialversicherungen zunehmend und führen ausserdem zu höheren Gesundheitskosten (inkl. Alterspflege). Solche demografiebedingten, impliziten Kosten sind im vierjährigen Zeithorizont der traditionellen Finanzpläne nicht erkennbar.

Damit der Generationenvertrag ins Lot gebracht werden kann und Volk und Politik offen darüber diskutieren können, müssen die Fakten bekannt sein. Die Schulden von heute sind die Steuern von Morgen. Reformen werden zunehmend so aufgelegt, damit die Politik unpopuläre Entscheide auf die nächste Politikgeneration verschieben kann. So werden frühzeitige Gegenmassnahmen nicht in Angriff genommen – und Sanierungsvorlagen werden mit Zinseszins der nächsten Generation von Steuerzahler aufgezwungen.

Das Ausmass dieser „Generationenverdrängung“ sollte in regelmässigen Abständen transparent gemacht werden, damit Politik und Stimmbevölkerung aufgeklärte Entscheide fällen können.

Eine regelmässige Generationenbilanz würde folglich helfen die Umverteilungsaspekte zwischen jüngeren und älteren Generationen besser sichtbar zu machen.

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Christian Wasserfallen). *Améliorer la perméabilité professionnelle dans le métier d'enseignant*

Text

Le Conseil fédéral est chargé de réaliser, en collaboration avec les cantons, un rapport qui présentera la situation de la perméabilité professionnelle dans le métier d'enseignant et les possibilités de l'améliorer.

Begründung

Un enseignement de bonne qualité se caractérise par la compétence des enseignants, mais également par la diversité de leurs parcours de vie personnels et professionnels. Dans l'idéal, toutes les équipes d'enseignants devraient pouvoir compter sur un certain nombre de collègues avec une professionnelle en dehors de l'école. Il s'agit d'une plus-value importante, autant pour la formation classique que la formation professionnelle.

Il est important de faciliter l'accès des métiers de l'enseignement aux professionnels en cours de reconversion ou qui reviennent dans la vie active après une interruption. Par conséquent, le Conseil fédéral est chargé de réaliser, en collaboration avec les cantons, un rapport sur la perméabilité professionnelle dans le métier de l'enseignement. Ce rapport devra au moins présenter les points suivants :

- › Une statistique des profils socio-professionnels des enseignants en Suisse ;
- › Les barrières légales et de fait pour l'engagement de professionnels en tant qu'enseignant ;

- › La problématique de la reconnaissance de l'expérience professionnelle dans la formation d'enseignants, notamment vis-à-vis des conditions d'inscription (reconnaissance des diplômes minimaux exigés) et de la validation des modules.

Le rapport devra également contenir des propositions pour améliorer la perméabilité professionnelle dans le métier d'enseignant, notamment vis-à-vis de la Loi fédérale sur l'encouragement des hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles.

16. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 28 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Herbstsession abgeschlossen.

- › mit 120 zu 76 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und 28 zu 17 Stimmen (Ständerat) das Bundesgesetz über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet, das den Bau einer zweiten Röhre am Gotthard während der Sanierung des Strassentunnels vorsieht;
- › mit 109 zu 85 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 28 zu 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen Änderungen des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen, die bewirken, dass künftig grundsätzlich alle Haushalte Radio- und TV-Gebühren zahlen müssen, unabhängig davon, ob ein Radioapparat oder ein Fernseher vorhanden ist;
- › mit 139 zu 51 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 41 zu 4 Stimmen das Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetz, mit dem die Aufsicht über die Krankenkassen verschärft wird;
- › mit 171 zu 27 Stimmen und 40 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Energie- statt Mehrwertsteuer", mit dem die Räte die Initiative zur Ablehnung empfehlen;
- › mit 159 zu 35 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 32 zu 13 Stimmen der Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen", mit dem die Räte die Initiative zur Ablehnung empfehlen;
- › mit 119 zu 73 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 33 zu 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen das Bundesgesetz und der Bundesbeschluss über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, mit welchen die Finanzhilfen des Bundes verlängert werden;
- › mit 197 zu 0 Stimmen bei und 44 zu 1 Stimmen Änderungen des Strafgesetzbuchs und der Strafprozessordnung, mit denen Opfer und andere von einer Straftat betroffene Personen das Recht auf Informationen über Strafvollzug, Entlassung oder Flucht eines Täters erhalten;
- › mit 160 zu 18 Stimmen bei 18 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung das Auslandschweizergesetz, mit dem die Rechte und Pflichten der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in einem Erlass gebündelt werden;
- › mit 140 zu 53 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 39 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Änderung des Umweltschutzgesetzes, mit der die Regeln für Bundesbeiträge an die Sanierung belasteter Standorte gelockert werden;
- › mit 192 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 34 zu 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge von beschränkter Tragweite und über die vorläufige Anwendung völkerrechtlicher Verträge, das präzisiert, wann der Bundesrat Staatsverträge vorläufig anwenden darf und wann nicht;
- › mit 117 zu 77 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 41 zu 4 Stimmen Änderungen im Strassentransportunternehmensrecht, mit dem die Voraussetzungen für die Zulassung von Strassentransportunternehmen an das EU-Recht angepasst werden;
- › mit 168 zu 24 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen Änderungen des Personenbeförderungsgesetzes, mit welchen ein zentrales Schwarzfahrer-Register ermöglicht wird;
- › mit 173 zu 17 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 37 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Änderung des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen, mit der die Ausbildung von Lehrlingen zu einem Kriterium wird bei der Auftragsvergabe;

- › mit 139 zu 57 Stimmen und 42 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss zu einer Weiterentwicklung des Dublin/Eurodac-Besitzstandes zur Festlegung der Kriterien und Verfahren, mit dem eine Haft wegen unkooperativen Verhaltens eingeführt wird;
- › mit 127 zu 65 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 39 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Errichtung von "Eurodac" sowie zur Errichtung der IT-Agentur;
- › mit 124 zu 63 Stimmen bei 10 Enthaltungen und 41 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss zu einer Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands, der neue Regeln zur Überprüfung der Anwendung von Schengen-Recht in den Mitgliedstaaten bringt;
- › mit 185 zu 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 42 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen der Bundesbeschluss zur Änderung des Schengener Grenzkodex, der neue Regeln zu Grenzkontrollen in besonderen Lagen bringt, sowie damit zusammenhängende Gesetzesänderungen:
- › mit 178 zu 12 bei 5 Enthaltungen und 42 zu 0 bei 3 Enthaltungen Änderungen des Ausländergesetzes;
- › mit 173 zu 13 bei 10 Enthaltungen und 41 zu 0 bei 4 Enthaltungen Änderungen des Asylgesetzes;
- › mit 167 zu 26 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 41 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Kooperationsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten über die europäischen Satellitennavigationsprogramme;
- › mit 128 zu 15 Stimmen bei 1 Enthaltung und 43 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Vertrags über den Waffenhandel, der erstmals völkerrechtlich verbindliche Standards zur Regelung und Kontrolle des internationalen Handels mit konventionellen Waffen setzt;
- › mit 179 zu 4 Stimmen bei 15 Enthaltungen und 40 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Änderung des Asylgesetzes, mit der die vom Volk gutgeheissenen dringlichen befristeten Änderungen des Asylgesetzes um vier Jahre verlängert werden;
- › mit 133 zu 61 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 38 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung Änderungen des Bundesgesetzes über den Finanzhaushalt, die mit dem neuen Führungsmodell für die Bundesverwaltung zusammenhängen;
- › mit 172 zu 0 Stimmen bei 26 Enthaltungen und 38 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen Änderungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte, welche unter anderem dazu führen, dass künftig die Wahlunterlagen vor den Parlamentswahlen früher zugestellt werden;
- › mit 137 zu 60 Stimmen bei 1 Enthaltung und 41 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung Änderungen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer und des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, mit welchen die Verjährungsfristen für Steuerdelikte angepasst werden;
- › mit 197 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung und 45 zu 0 Stimmen Änderungen des Vernehmlassungsgesetzes, mit welchen die Regeln für das Vernehmlassungsverfahren präzisiert werden;
- › mit 197 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen Änderungen des Publikationsgesetzes, mit welchen die amtlichen Veröffentlichungen des Bundes dem Internet-Zeitalter angepasst werden;
- › mit 198 zu 0 Stimmen eine Änderung des Geschäftsreglements des Nationalrates, mit welcher ein Todesfall im engen Familienkreis für Nationalratsmitglieder neu als Entschuldigungsgrund gilt.

Mit Ausnahme der Volksinitiativen, die direkt zur Abstimmung kommen, sowie der Änderung des Geschäftsreglements des Nationalrates unterliegen alle Beschlüsse dem fakultativen Referendum.